

**Niederschrift über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am**  
**09.12.2008**

---

Tagungsort: Nowgorod Raum (Großer Konferenzsaal), Altes Rathaus  
Beginn: 16:35 Uhr  
Sitzungspause: ./.  
Ende: 19:25 Uhr

Anwesend:

CDU

Frau Kammeier  
Herr Langeworth (ab 16.40 Uhr)  
Frau Osthus (bis 18.55 Uhr)  
Herr Weber  
Herr Dr. Zillies

SPD

Herr Donath  
Herr Garbrecht  
Frau Schneider  
Frau Weißenfeld (bis 17.15 Uhr)  
Frau Schrader

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Dr. Ober  
Frau Rathsmann-Kronshage Vorsitzende

BfB

Frau Cascante-Maristany

Die Linke

Frau Niemeyer

Beratende Mitglieder

Frau Acar-Gökce Migrationsrat (ab 17.50 Uhr)  
Herr Prof. Dr. med. Driessen Psychiatriebeirat (bis 18.40 Uhr)  
Frau Huber Seniorenrat  
Herr Winkelmann Beirat für Behindertenfragen

Verwaltung

Beigeordneter Herr Kähler Dezernat 5  
Beigeordnete Frau Ritschel Dezernat 3  
Frau Schulz Amt für soziale Leistungen  
-Sozialamt-  
Gesundheits-, Veterinär-  
und Lebensmittelüber-  
wachungsamt  
Frau Dr. Delius

Frau Schröder	Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-
Frau Kleiner	Stab Dezernat 3
Herr Wörmann	Stab Dezernat 5
Herr Litke	Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-
Frau Krutwage	Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-
Herr van den Brink	Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-
Herr Voelzke	Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-
<u>Schriftführung</u> Frau Krumme	Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-

### **Öffentliche Sitzung:**

**Zu Punkt 8**      **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 46. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 14.10.2008**

Beratungsgrundlage:  
Drucksachennummer:

**Beschluss:**

**Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 46.Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 14.10.2008 wird nach Form und Inhalt genehmigt.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 9**      **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 47. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 11.11.2008**

Beratungsgrundlage:  
Drucksachennummer:

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage verweist auf die als Tischvorlage verteilte Niederschrift und vertagt die Beschlussfassung in die Sitzung am 13.01.2009.

-.-.-

**Zu Punkt 10**      **Mitteilungen**

**Zu Punkt 10.1 Änderungsvertrag zur Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung der Polio-Selbsthilfe e. V.**

Beratungsgrundlage:  
Drucksachennummer:

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage ruft den Tagesordnungspunkt auf. Es gibt keine Nachfragen.

-.-.-

**Zu Punkt 10.2 Beschlussfassung des Rates vom 20.11.2008**

Beratungsgrundlage:  
Drucksachennummer:

Ratsmitglied Herr Buschmann ist mit Ablauf des 30.11.2008 aus dem SGA ausgeschieden. Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage bedankt sich für seine Mitarbeit.

-.-.-

**Zu Punkt 10.3 Erweiterungsbau der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Bad Salzungen -Sachstand-**

Beratungsgrundlage:  
Drucksachennummer:

Beigeordneter Herr Kähler informiert darüber, dass es im Hinblick auf die Abstimmung einer Finanzierungsvereinbarung insbesondere aus dem Kreis Minden-Lübbecke Verzögerungen von über einem halben Jahr gegeben habe. Die endgültige Fassung der Vereinbarung werde allerdings noch etwas Zeit in Anspruch nehmen. Damit noch in diesem Jahr von der Klinikum Lippe GmbH Bauaufträge erteilt und evtl. noch mit der Baumaßnahme in Bad Salzungen begonnen werden könne, soll die dazu notwendige Zahlung auf der Grundlage eines Zuwendungsbescheides erfolgen. Für die Auszahlung der ersten Rate, sei eine entsprechende Beschlussvorlage, Drucksachen-Nr. 6253/2004-2009, erarbeitet worden. Der Verwaltungsvorstand habe die Vorlage freigegeben und die Beschlussfassung im Rat sei für den 18.12.2008 vorgesehen.

-.-.-

**Zu Punkt 10.4 geänderter Sitzungstermin**

Beratungsgrundlage:  
Drucksachennummer:

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage teilt mit, dass sich der zeitliche Rahmen der Haushaltsplanberatungen geändert habe. Die für den 27.01.2009 geplante Sitzung werde auf den 10.02.2009 verschoben.

-.-.-

**Zu Punkt 11****Anfragen**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Es liegen keine Anfragen vor.

-.-.-

**Zu Punkt 12****Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung Nr. 127 zur Nachbewilligung von Haushaltsmitteln (Drucksache 5965/2004-2009)**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6104/2004-2009

**Beschluss:**

**Der Ausschuss genehmigt die Dringlichkeitsentscheidung Nr. 127 zur Nachbewilligung von über- und außerplanmäßigen Haushaltsmitteln gem. § 83 Abs. 1 GO NW.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 13****Anträge**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Es liegen keine Anträge vor.

-.-.-

**Zu Punkt 14****5. Änderungssatzung für die Satzung über die Errichtung und Unterhaltung von städtischen Unterkünften für Wohnungslose der Stadt Bielefeld, 2. Lesung-**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6022/2004-2009

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage verweist auf den mit der Tagesordnung verschickten Entwurf einer Präambel für die zu beschließende Satzung. Ohne weitere Beratung sind sich die Anwesenden darüber einig, dass die Satzung um die vorgeschlagene Präambel ergänzt werden solle.

**Beschluss:**

**Die 5. Satzung zur Änderung der Satzung über die Errichtung und Unterhaltung von städtischen Unterkünften für Wohnungslose der Stadt Bielefeld wird nach Vorlage (Anlage 2), unter Berücksichtigung der nachfolgend aufgeführten Präambel, beschlossen.**

**Präambel:**

„Die Stadt Bielefeld unterhält zur vorläufigen und vorübergehenden Unterbringung von Wohnungslosen städtische Unterkünfte und Übergangsheime. Dieses Angebot richtet sich an Bielefelder Bürger und Bürgerinnen, deren Wohnungslosigkeit auch nicht durch ein umfangreiches Angebot an präventiven Maßnahmen verhindert werden kann (einheimische Wohnungslose) oder die der Stadt Bielefeld aufgrund gesetzlicher Regelungen (Aussiedler, ausl. Flüchtlinge) zugewiesen werden. Ziel ist es, die Verweildauer in diesen Einrichtungen auf den unumgänglich notwendigen Zeitraum zu begrenzen. Oberste Priorität haben deshalb die Integration bzw. Reintegration in Wohnraum oder die Vermittlung in geeignete Einrichtungen. Zu diesem Zweck wird in den Unterkünften ausreichend sozialarbeiterische Unterstützung angeboten.“

Für die Stadt Bielefeld ist weiterhin erklärtes Ziel, dass den Bewohnerinnen und Bewohnern während ihres Aufenthaltes eine menschenwürdige Unterkunft zur Verfügung steht, die über die bloße Überlebenssicherung hinausgeht. Gute räumliche Bedingungen, die Wahrung der Intimsphäre, weitgehende Mitwirkungsmöglichkeiten der Unterkunftsbewohnerinnen und –bewohner am Unterkunftsgeschehen sowie eine professionelle Heimbewirtschaftung gehören deshalb zu den grundlegenden Standards in den Unterkünften und Übergangsheimen der Stadt Bielefeld.

Weiterhin legt die Stadt Bielefeld Wert auf ein abgestuftes Unterbringungssystem, das sich am Grundsatz „fordern und fördern“ orientiert, um die zur Zielerreichung im Einzelfall erforderlichen passgenauen Hilfen anbieten zu können.“

- einstimmig beschlossen, bei 1 Enthaltung -

---

#### Zu Punkt 15

#### **Behindertengerechtes Bielefeld, 1. Lesung**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2009/5286

abgesetzt

---

#### Zu Punkt 16

#### **Konzept "Seniorenfreundliches Bielefeld", 1. Lesung-**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6060/2004-2009

abgesetzt

---

## Zu Punkt 17

**Umsetzung des Rahmenkonzeptes "Seniorenarbeit in der Stadt Bielefeld", hier: Sozialräumliche Verteilung**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6089/2004-2009

Frau Schulz erläutert den Inhalt der Vorlage. Darüber hinaus führt Frau Krutwage aus, dass das Rahmenkonzept die offene Seniorenarbeit als Infrastrukturmaßnahme in Bielefeld verankern solle. Dadurch gebe es gleichwertige Angebote in allen Stadtbezirken und eine verbindliche sozialräumliche Versorgung. Auf diesem Wege solle ein kommunalspezifisches Profil der Seniorenarbeit entwickelt werden. Die sozialräumliche Verteilung berücksichtige mindestens ein Zentrum je Stadtbezirk, unter Berücksichtigung der Stadtbezirksgröße. Weiterhin würden die Bevölkerungsdaten, vorhandene Ressourcen und eingeführte Strukturen berücksichtigt. Daraus ergeben sich 12 Begegnungs- und Servicezentren und die Mobile Seniorenarbeit Dornberg als verbindliche Infrastrukturangebote. Ergänzend sollen neun wohnortnahe Anlaufstellen, die sog. Satelliten, eine kleinräumige Versorgung sicherstellen. Die jetzt getroffenen Festlegungen markieren den Anfang eines Veränderungsprozesses im Handlungsfeld. In den verbleibenden zwei Jahren der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung gelte es, zielgerichtet die strategischen Ziele zu verfolgen und die einzelnen Zentren bei der Umsetzung zu unterstützen. Da für die einzelnen Zentren gleiche Ziele, Standards und Aufgabenstellungen zu Grunde gelegt werden, bestehe die Herausforderung im Hinblick auf die nächste Vertragsperiode darin, das Finanzierungssystem anzupassen.

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage bedankt sich für die Darstellung und weist darüber hinaus darauf hin, dass der größte Teil der Finanzierung der Seniorenarbeit bei den Trägern liege und nicht bei der Stadt Bielefeld. Durch einheitliche Standards sei bei den Verhandlungen zur Verlängerung der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen eine Vergleichbarkeit der Projekte möglich. Frau Huber teilt mit, dass der Seniorenrat dem Konzept am 19.11.2008 zugestimmt habe. Aufgrund des Konzeptes blieben die „Satelliten“ selbständig und die kleinräumige Versorgung sichergestellt. Bei gleichen Standards sei es dem Seniorenrat wichtig, dass Angebote entsprechend den Wünschen und Bedürfnissen der Klienten im Stadtbezirk unterbreitet würden. Das vorgestellte Konzept berücksichtige diese Forderungen. Fragen von Frau Schrader, Frau Cascante-Maristany, Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage, Herrn Garbrecht, Frau Dr. Ober und Frau Niemeyer werden von Frau Krutwage beantwortet.

Frau Dr. Ober regt an, die Beschlussfassung über das Rahmenkonzept auf die nächste Sitzung zu verschieben, da das Konzept „Seniorenfreundliches Bielefeld“ in dieser Sitzung von der Tagesordnung abgesetzt worden sei. Die Anwesenden erklären sich mit diesem Vorschlag einverstanden.

-.-.-

**Zu Punkt 18**      **Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen Vertragsperiode 2007 - 2010**

**Zu Punkt 18.1**    **Präsentation der Ergebnisse der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen Vertragsperiode 2007 - 2010, hier: Vertragsjahr 2007**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6061/2004-2009

Beigeordneter Herr Kähler sieht die Informationsvorlage als eine gelungene räumliche Darstellung aller vorhandenen Angebote und der Eigen- und Drittmittel. Er spricht allen seinen Dank aus, die an der Entwicklung der Dokumentation beteiligt gewesen seien.

Frau Schröder informiert über den Aufbau und die wesentlichen Punkte der Vorlage (**Anlage 3**). Darüber hinaus weist sie darauf hin, dass diese Vorlage eine Gemeinschaftsarbeit des Amtes für Integration und interkulturelle Angelegenheiten, des Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes, des Amtes für Jugend und Familie –Jugendamt-, des Amtes für soziale Leistungen –Sozialamt- und der Träger sei. Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage und alle übrigen Mitglieder bedanken sich für die Berichterstattung und die umfangreiche Dokumentation, die das vorliegende Angebot beeindruckend darstelle. Sie stelle eine sehr gute Arbeitsgrundlage für die im Jahr 2010 anstehenden Vertragsverhandlungen der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen dar. Dadurch sei die Möglichkeit gegeben perspektivische Entwicklungen zu messen und Qualität durch Kennzahlen beurteilen zu können.

---

**Zu Punkt 18.2**    **Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen Vertragsperiode 2007-2010, hier: Ziele und Kennzahlen in ausgewählten Arbeitsbereichen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6246/2004-2009

Beigeordneter Herr Kähler weist darauf hin, dass am 18.12.2008 ein Gespräch mit den Trägern stattfinde. Darin solle über die Auswirkungen des Lebenslagenberichtes mit Blick auf die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen gesprochen werden.

Frau Schröder erläutert die wesentlichen Punkte der Beschlussvorlage und gibt Informationen über die Erarbeitung weiterer Kennzahlen zur Entwicklung kommunaler Ziele (**Anlage 4**). Die Gespräche mit den Trägern sollen zur Optimierung der Kennzahlen führen. Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage bedankt sich für die Berichterstattung und verweist auf die Beschlussfassung des SGA am 13.01.2009, zu der dann auch die Stellungnahmen der Beiräte vorliegen würden.

---

**Zu Punkt 19**      **1. Berichterstattung zum beschlossenen Gesetz zur Umsetzung der Föderalismusreform auf dem Gebiet des Heimrechts und zur Änderung von Landesrecht, Art. 1 Wohn- und Teilhabegesetz Nordrhein-**

**Westfalen (WTG NRW)**Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Frau Schulz berichtet, dass das Wohn- und Teilhabegesetz NRW am 12.11.2008 verabschiedet worden sei und am 10.12.2008 in Kraft trete. Sie gibt einen Überblick über die Eckpunkte des Gesetzes (**Anlage 5**). Nach dem engagierten Einsatz der Stadt Bielefeld bei dem Gesetzgebungsverfahren habe man sich klarere Regelungen gewünscht. Das Ministerium habe aber den zeitnahen Erlass von Verordnungen in Aussicht gestellt. Solange keine Verordnungen erlassen würden, werde sich in Bielefeld auf die gute Arbeit der städt. Heimaufsicht verlassen.

Nachfragen von Frau Cascante-Maristany, Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage und Herrn Winkelmann werden von Frau Schulz beantwortet.

-.-.-

**Zu Punkt 20****Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen****- Bericht der Verwaltung zum Sachstand-**Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

-.-.-

---

 Rathsmann-Kronshage  
 (Vorsitzende)

---

 Krumme  
 (Schriftführerin)